Ressort: Lokales

Kraft bestreitet Existenz von "No-Go-Areas" in NRW

Düsseldorf, 01.05.2017, 08:15 Uhr

GDN - NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) bestreitet die Existenz rechtsfreier Räume in ihrem Bundesland. "Es gibt keine No-Go-Areas in NRW", sagte Kraft dem "Kölner Stadt-Anzeiger" und dem "Express" (Montagsausgaben).

"Das würde bedeuten, es gäbe Orte, in die kein Polizist mehr reingeht", sagte sie zur Erklärung. Sie räumte ein, dass kriminelle Clans aus Südosteuropa in Stadtteilen wie Duisburg-Marxloh Probleme verursachten. "Es gibt eine massive Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, 17.000 allein in Duisburg", so Kraft. "Kriminelle Banden organisieren dort das Leben und Wohnen in Schrottimmobilien, die sie zuvor ersteigert haben. Sie locken die Menschen aus Südosteuropa an, geben ihnen Scheinarbeitsverträge bei Scheinarbeitgebern, um sie als Aufstocker für Sozialleistungen zum Amt zu schicken, melden die Kinder bei der Kindergeldstelle an, lassen sich eine Kontovollmacht geben und kassieren ab." Dagegen gehe die Polizei jetzt verstärkt mit Razzien vor, betonte Kraft. Auf Initiative von NRW habe der Bund jetzt Fördervoraussetzungen geschaffen, damit Städte Schrottimmobilien kaufen und abreißen könnten.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-88762/kraft-bestreitet-existenz-von-no-go-areas-in-nrw.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619